Stand: 16.12.2025 07:23:58

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/768

"Ministerpräsident Dr. Markus Söders bevorstehende Reise nach China: Maß und Mitte statt kritikloser Applaus"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/768 vom 20.03.2024
2. Beschluss des Plenums 19/784 vom 21.03.2024
3. Plenarprotokoll Nr. 14 vom 21.03.2024

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 20.03.2024 **Drucksache 19/768**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Markus Rinderspacher, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayr, Arif Tasdelen, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Horst Arnold, Nicole Bäumler, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Doris Rauscher, Harry Scheuenstuhl, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und **Fraktion (SPD)**

Ministerpräsident Dr. Markus Söders bevorstehende Reise nach China: Maß und Mitte statt kritikloser Applaus

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag betont, dass die Achtung der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit in den aktuellen politischen Konsultationen Bayerns zu China eine zentrale Rolle spielen muss.

Der Landtag stellt fest,

– dass sich die Menschenrechtslage in China seit dem Amtsantritt von Präsident Xi Jinping im März 2013 drastisch verschlechtert und die kommunistische Partei die illegale Massenüberwachung und -kontrolle der Bürgerschaft ausgeweitet hat,

– dass China die Uiguren und andere ethnische Minderheiten sowie Menschenrechtsverteidiger, politisch engagierte Bürger, religiöse Gruppen, Journalisten und Demonstranten, die sich gegen Fälle von Ungerechtigkeit wenden, systematisch verfolgt und alle oppositionellen Stimmen immer stärker unterdrückt,

– dass die Volksrepublik China in den letzten Jahren zivilgesellschaftliche Gruppen zerschlagen und zahlreiche unabhängige Aktivisten inhaftiert hat,

– dass die staatlichen Stellen Chinas in den letzten Jahren die Zensur auch im Internet verschärft und eines der repressivsten Überwachungssysteme der Welt errichtet haben,

– dass Chinas Spionage, Cyberangriffe und tätliche Übergriffe bis hin zu im Ausland eingerichteten Polizeistationen in der EU reichen,

– dass China mehrfach angekündigt hat, seinen internationalen Einflussrahmen in imperialistischer Weise auszudehnen,

– dass Chinas Spionage- und Einflussagenda in Deutschland und Bayern laut Bayerischem Verfassungsschutz „neben wirtschafts- und infrastrukturrelevanter Ziele zunehmend auch die Beschaffung kritischer politischer Informationen sowie die Beeinflussung von politischen Entscheidungen umfasst“,

Der Landtag fordert Ministerpräsident Dr. Markus Söder daher dazu auf, die obigen Gesichtspunkte bei seiner politischen Reise in das kommunistische China zu berücksichtigen und im geeigneten Rahmen zur Sprache zu bringen.

Begründung:

Die China-Strategien der Bundesregierung sowie der Europäischen Union haben deutlich gemacht, dass eine Veränderung des politischen Umgangs mit China erforderlich ist. China nutzt sein wachsendes politisches, militärisches und wirtschaftliches Gewicht, um auf allen Kontinenten und in internationalen Organisationen seine Interessen zu

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

verfolgen und die bestehende regelbasierte internationale Ordnung nach chinesischen Vorstellungen zu verändern. Verhalten und Entscheidungen Chinas führen dazu, dass Rivalität und Wettbewerb mit China in den vergangenen Jahren zugenommen haben, während das Prinzip der Partnerschaft vermehrt auf die Probe gestellt wird.

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 21.03.2024 **Drucksache** 19/**784**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Florian von Brunn, Markus Rinderspacher, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Horst Arnold, Nicole Bäumler, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Doris Rauscher, Harry Scheuenstuhl, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 19/**768**

Ministerpräsident Dr. Markus Söders bevorstehende Reise nach China: Maß und Mitte statt kritikloser Applaus

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann
Abg. Florian von Brunn
Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn
Abg. Klaus Holetschek
Abg. Markus Rinderspacher
Abg. Martin Böhm
Abg. Roland Weigert
Abg. Benjamin Adjei
Staatsminister Dr. Florian Herrmann

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Ich rufe zur Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Markus Rinderspacher, Ruth Müller u. a. und Fraktion (SPD)
Ministerpräsident Dr. Markus Söders bevorstehende Reise nach China: Maß und Mitte statt kritikloser Applaus (Drs. 19/768)

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Fraktionsvorsitzenden Florian von Brunn das Wort.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Damen und Herren! Am Samstag wird Ministerpräsident Söder nach China aufbrechen. Er war erst vor wenigen Tagen in Serbien. Der dortige Machthaber Vučić hat die letzten Wahlen manipuliert, leugnet den Genozid in Bosnien, bedroht den Kosovo und pflegt beste Verbindungen mit Putin. Vučić hat Markus Söder den Orden der Republik Serbien am Bande verliehen. Diesen Orden haben zuvor schon Orbán und Putin erhalten.

Es ist wichtig, Ländern Perspektiven aufzuzeigen. Auch für Serbien ist eine zukünftige Mitgliedschaft in der Europäischen Union vielleicht ein Ziel, das zu demokratischem Wandel führt. Es kann sein – da geben wir Ihnen recht –, dass es lohnenswert ist, es zu versuchen.

Bayern ist exportstark und wirtschaftlich international aufgestellt. Bayerische Unternehmen haben natürlich berechtigte wirtschaftliche Interessen. Auch das ist selbstverständlich wichtig. Man muss aber auch die problematischen Punkte ansprechen. – Herr Holetschek, darauf legt die CSU im Fall der Türkei immer großen Wert.

Olaf Scholz, der Bundeskanzler, war vor seinem Besuch in Serbien im Kosovo in der Hauptstadt Pristina, und er hat Herrn Vučić bei seinem Besuch in Serbien aufgefordert, den Kosovo endlich anzuerkennen. Er spricht also die kritischen Punkte an.

(Beifall bei der SPD)

Am Samstag fliegt also Markus Söder nach China. Die Menschenrechtslage in China hat sich seit 2013, seit dem Amtsantritt von Präsident Jinping drastisch verschlechtert. Die kommunistische Partei hat die Massenüberwachung massiv ausgeweitet, ja fast schon zu totaler Kontrolle gemacht.

(Martin Böhm (AfD): Das ist doch euer Traum!)

Die Uiguren und andere ethnische Minderheiten werden unterdrückt und inhaftiert; Aktivisten, Demokraten und kritische Journalisten werden systematisch verfolgt und verhaftet. China tritt zunehmend imperialistisch auf und bedroht Länder wie Taiwan. In Europa gibt es illegale chinesische Polizeistationen, und es wird in großem Umfang spioniert – und dabei geht es nicht nur um Wirtschaftsspionage, sondern auch Politik und Verwaltung sind das Ziel.

Wir als SPD stehen auch für Dialog. Dialog und Diplomatie sind auch mit Vertretern von Staaten notwendig, die andere Werte vertreten als wir. Das ist wichtig, und das hat Olaf Scholz auch gezeigt. Ende 2022 hat er Chinas Staatspräsident getroffen und hat erreicht, dass sich Jinping klar gegen den Einsatz von Atomwaffen ausgesprochen hat. Das war ein wichtiges Warnsignal an Wladimir Putin mit Blick auf die Ukraine.

(Beifall bei der SPD)

Es geht also darum, die Probleme diplomatisch, aber mit klarem Standpunkt beim Namen zu nennen.

Ja, in der Außenpolitik geht es immer um Interessen, aber es geht auch um Menschenrechte und Werte. Gerade in diesem Zusammenhang finde ich es ziemlich missglückt, sich in der Außenpolitik auf Franz Josef Strauß zu beziehen. Ich will nur einige Beispiele nennen, warum Franz Josef Strauß und seine Besuche sicher kein Vorbild sein können.

1973 gab es den Militärputsch in Chile. Ab da hat General Pinochet mit einer Militärjunta Chile regiert. 4.000 Menschen wurden zum Teil auf bestialische Weise umge-

bracht; über 40.000 Menschen wurden inhaftiert; es wurde gefoltert. Franz Josef Strauß hat 1973 den Putsch mit den Worten kommentiert, jetzt bekäme das Wort Freiheit für die Chilenen wieder einen süßen Klang.

Bei seinem Besuch 1977 hat Franz Josef Strauß Pinochet dafür gelobt – Zitat –, die Ordnung im Land wieder hergestellt zu haben. So hat er über eine grausame Diktatur gesprochen, in der Menschen inhaftiert, gefoltert und ermordet wurden. Damals hat sogar die JU dagegen protestiert – zu Recht übrigens, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

Strauß hat die Apartheid in Südafrika verharmlost und Diktatoren wie Ceauşescu in Rumänien besucht. Wollen Sie wirklich Franz Josef Strauß angesichts solcher Aktionen in der Außenpolitik als Vorbild nennen? – Ich sage Nein. Wir brauchen kein Diktatorenverständnis à la Franz Josef Strauß.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen vernünftige Außenpolitik mit Prinzipien und ohne Selbstdarstellung. Dazu gehört es eben auch,

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Aber keine sozialistische Außenpolitik! Da sind wir uns einig!)

die Probleme und Differenzen diplomatisch, aber klar anzusprechen. Da ist man bei der Bundesregierung deutlich besser aufgehoben.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Aber nicht bei dieser!)

Ich bin bei Ihrem China-Besuch auch wegen der Förderung der Konfuzius-Institute etwas skeptisch, die es im Freistaat Bayern immer noch gibt. Wir haben mehrfach beantragt, diese Förderung zu streichen. Sie haben das abgelehnt, zum Beispiel 2020. Kurz nachdem Sie das abgelehnt hatten, hat das Bundesamt für Verfassungsschutz vor diesen Konfuzius-Instituten gewarnt, sie gefährdeten die akademische Freiheit in

Forschung und Lehre und würden als wichtige politische Einflussakteure und Instrumente der Machtprojektion der kommunistischen Partei Chinas aktiv bleiben. Sie haben das abgelehnt, obwohl andere Bundesländer diese Institute nicht fördern. Sie fördern sie weiter, und das ist falsch.

(Beifall bei der SPD)

Die Regierung Scholz hat im vergangenen Jahr eine umfassende China-Strategie beschlossen. Auch auf europäischer Ebene gibt es eine neue Strategie gegenüber China. Diese Strategien tragen den Chancen und den Risiken gleichermaßen Rechnung. Ich hoffe, das wird bei diesem Besuch auch eine Rolle spielen und berücksichtigt werden. In diesem Sinne wünsche ich eine gute und erfolgreiche Reise.

(Beifall bei der SPD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Prof. Dr. Ingo Hahn vor.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Geschätzter Herr von Brunn von der SPD, die AfD ist die Partei, die mit allen Ländern im Dialog bleiben will – übrigens im Gegensatz zur SPD.

(Johannes Becher (GRÜNE): Seid ihr jetzt auch Wahlbeobachter?)

Komisch in Bezug auf diesen Antrag ist, dass Ihr Kanzler Scholz all die Fragen, die Sie aus dem Katalog der Menschenrechte aufwerfen, bei seinem Besuch in China, wo er nämlich 2022 war, eben nicht vorgebracht hat. Jetzt aber soll sie Söder – ich zitiere aus Ihrem Antrag – "im geeigneten Rahmen zur Sprache bringen" und soll illegale Massenüberwachung in China, unterdrückte Opposition, inhaftierte Aktivisten, Zensur im Internet, Spionage in der EU, ausgedehnte Einflussnahme weltweit usw. kritisieren.Da stellt sich doch eigentlich ganz klar dar, dass Sie hier ein Spiel doppelter Moral zum Vorschein holen, nämlich zwei unterschiedliche Standards: einmal für Ihre eigene Partei, einmal für die anderen. Deshalb meine Frage: Warum sagen Sie das alles, was

Sie hier gesagt und geschrieben haben, nicht einfach Ihrem eigenen Parteimann Scholz, der das beim letzten Mal alles nicht gesagt hat?

(Beifall bei der AfD)

Florian von Brunn (SPD): Herr Hahn von der rechtsextremistischen AfD, Sie verbreiten schon wieder Fake News. Von einer Partei, die enge Beziehungen zu Russland unterhält, von der sogar zwei Mitglieder Ihrer Fraktion als sogenannte Wahlbeobachter nach Russland gefahren sind und gesagt haben, dass die Wahlen so fair und gerecht gewesen seien, nehmen wir keine Ratschläge entgegen. Bringen Sie Ihre verfassungsfeindlichen und faschistischen Positionen in Ordnung, bevor Sie hier demokratischen Parteien irgendwelche Ratschläge erteilen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächster Redner ist Fraktionsvorsitzender Klaus Holetschek.

Klaus Holetschek (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als ich heute diesen Dringlichkeitsantrag gelesen habe, habe ich mich gefragt: Haben wir in unserem Land eigentlich nichts Wichtigeres zu tun, als irgendwelche Ratschläge in einer völlig unsinnigen Art und Weise zu erteilen? Die Wirtschaft liegt am Boden, wir haben Krisen – und die SPD gibt Ratschläge zu einer bevorstehenden Reise des Ministerpräsidenten.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der SPD)

– Das können Sie da oben selber beurteilen, um was es geht.

Wenn Sie einen Dringlichkeitsantrag mit der Aufforderung formuliert hätten: "Kanzler Scholz, übernehmen Sie die Führung, sorgen Sie dafür, dass der Mittelstand gute Rahmenbedingungen hat!", dann wäre das reell gewesen. Aber so ein Unsinn, was

Sie hier formulieren und fabulieren, ist wirklich unter jedem Niveau: scheinheilig, Schaufenster und keine Substanz.

(Beifall bei der CSU)

Herr von Brunn, ich weise Ihre Behauptung zurück, denn Franz Josef Strauß hat einen außenpolitischen Realismus geprägt, der seinesgleichen sucht.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Da geht es nicht um feministische Außenpolitik, sondern da geht es um pragmatische und realistische Außenpolitik, die dieses Land vorangebracht hat. Er war ein überzeugter Europäer und überzeugter Transatlantiker. Franz Josef Strauß hat weit mehr geleistet, als sie von der SPD in der Außenpolitik jemals leisten werden.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– Ach ja. Herr von Brunn, wenn Sie sich fürs diplomatische Corps bewerben wollen, wird das nicht gelingen, weil Ihre Fähigkeiten da wirklich extrem begrenzt sind. Das will ich Ihnen an dieser Stelle wirklich deutlich attestieren.

Kein Mensch wird im Umgang mit China naiv sein. Das ist überhaupt nicht das Thema. Natürlich gibt es da Themen, die man ansprechen muss. Ich weiß gar nicht, ob Sie bei allen Gesprächen in letzter Zeit dabei waren. Ich glaube, die SPD war bei den Reisen nach Serbien und woanders nicht dabei.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Daher müssen Sie sich wirklich überlegen, was Sie hier zum Besten geben. Natürlich werden Probleme, die es gibt, angesprochen. Aber worum geht es denn im Moment? Welche Strategie haben Sie denn? Welche Strategie hat denn Ihr Kanzler?

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Ich nehme Scholz nicht als jemanden wahr, der die Weichen in der momentanen wirtschaftlichen Krise stellt, in der es umso wichtiger wäre, auch einmal zu überlegen: Wie kann ich wirtschaftliche Beziehungen stärken? Wie kann ich mich um die Rohstoffversorgung kümmern? Was bedeuten für die Zukunft Batterietechnik-Abhängigkeiten? Das sind doch die Themen. Da kann ich nicht wie Sie herumfuhrwerken, wie zum Beispiel Michael Roth als Ausschussvorsitzender, der die Regierungskonsultationen mit China in Frage gestellt hat, oder wie die Außenministerin dieser Regierung, die bei einem China-Besuch so viel Porzellan zerschlagen hat, dass man es nie mehr einsammeln kann.

(Beifall bei der CSU)

Sie müssen schon sehen, worum es geht. Das Handelsvolumen Bayerns mit der Volksrepublik beläuft sich auf 54,9 Milliarden. Das sind 11,8 % des gesamten Außenhandels des Freistaats. Da ist es mehr als notwendig, dass wir Kontakte und den Dialog suchen und diesen auch nicht abreißen lassen. Deswegen war es gut, dass 1997 Otto Wiesheu, der legendäre Wirtschaftsminister der CSU – wir haben in der CSU viele Gute gehabt, aber Otto Wiesheu war einer der Legendären –,

(Beifall bei der CSU)

in China eine der ersten Repräsentanzen gegründet hat. Das sind doch die Themen: Wie können wir schauen, was für unsere Wirtschaft gut ist? Wie können wir diese Beziehungen tatsächlich verstärken? Die Vbw hat es auf den Punkt gebracht: Wir brauchen Partnerschaften. Wir müssen schauen, was in der Welt passiert, und dürfen uns von diesen Entwicklungen nicht abkoppeln. Deswegen ist es gut und richtig, dass Markus Söder in der Tradition von Franz Josef Strauß diese Reisen macht.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage Ihnen nochmals: Ich kann nicht wahrnehmen, dass der Kanzler tatsächlich in diesem Sinne unterwegs ist, wie wir es jetzt bräuchten. Zu Frankreich ist das Verhält-

nis gestört. Ich nehme nicht wahr, dass wir in Europa tatsächlich führen. Wir haben keine echte Wirtschaftspolitik. Es gibt einen Wirtschaftsminister, der kurz mal sagt, die Energiekrise sei erledigt, oder vom Rückbau der Gasnetze spricht, obwohl noch gar keine Alternativen zur Verfügung stehen. Deswegen frage ich mich: Wer soll denn in diesem Land Wirtschaftspolitik machen? – Wir müssen sie machen, und das tun wir auch.

(Beifall bei der CSU)

Deswegen ist es völlig unsinnig, einen solchen Antrag in einer Zeit zu stellen, in der wir mit Sorge sehen, wie in unserem Land die Deindustrialisierung voranschreitet, wie der Mittelstand und die familiengeführten Unternehmen wirklich unter den Lasten ächzen. Herr Kollege Füracker hat es vorhin beschrieben. Ich finde es schon merkwürdig, dass Sie dem Kollegen Füracker vorwerfen, er hätte keinen wirtschaftspolitischen Sachverstand.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Das kommt aus berufenem Munde! – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– Herr von Brunn, ehrlich gesagt, ich habe den Ihrigen auch noch nicht entdeckt.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– Ich glaube, dass ich mehr Sachverstand habe als Sie. Aber darüber wollen wir uns nicht streiten.

Diese Reisen sind ein wichtiger Bestandteil einer Außenhandelswirtschaftsstrategie, um unseren Unternehmen Türen zu öffnen und unsere Positionen deutlich zu machen.

(Beifall bei der CSU)

Deswegen sollten Sie das, Herr von Brunn, mit aller Kraft unterstützen. Sie sollten unsere Wirtschaft unterstützen. Sie sollten den Unternehmen in unserem Land sagen: Wir stehen an eurer Seite, wenn es solche Initiativen gibt.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Sie sollten keine solchen Anträge stellen, bei denen die Unternehmer im Land wirklich den Eindruck haben können, dass Sie keine gute Wirtschaftspolitik machen wollen, sondern genau im Gegenteil beabsichtigen, dass die Wirtschaft den Bach runtergeht. Sie müssen in Berlin dafür sorgen, dass die Rahmenbedingungen stimmen. Aber das tun Sie nicht.

(Florian von Brunn (SPD): Stimmt gar nicht!)

Die Wirtschaftspolitik ist desaströs. Die Ampel muss weg. Jeder Tag, an dem die Ampel regiert, ist ein schlechter Tag für unser Land, ist ein schlechter Tag für unsere Wirtschaft, ist ein schlechter Tag für den Wohlstand in diesem Land.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Es gilt also, keine unsinnigen Anträge zu stellen, die Reisen von Markus Söder zu unterstützen und in Berlin eine vernünftige Politik zu machen. Dann geht es der Wirtschaft besser. Sparen Sie sich Ihre Ratschläge für andere auf.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, bleiben Sie bitte am Rednerpult, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor, und zwar des Kollegen Markus Rinderspacher.

Markus Rinderspacher (SPD): Lieber Herr Kollege Holetschek, vielleicht können wir ein bisschen lüften, damit wir uns nicht so aufregen und wieder ein bisschen runterkommen. Sie haben leider die Chance verpasst, uns die Reise des Ministerpräsidenten ein wenig darzustellen. Mit Blick auf Außenwirtschaftspolitik, also auf eine Reise, die am Samstag unmittelbar bevorsteht, abstrakt von Chancen zu reden, ist im Parlament etwas dünn. Ich verstehe auch die Aufregung nicht; denn im Bundestag gibt der Kanzler vor großen Reisen selbstverständlich eine Regierungserklärung dazu ab, was er sich davon erhofft. Das erwarte ich von Dr. Söder nicht. Aber von Ihnen hätte ich heute ein bisschen etwas Substanzielleres erwartet.

Dass wir zuletzt bei den Reisen des Ministerpräsidenten nicht dabei waren, liegt allein am Ministerpräsidenten. Seine Vorgänger, Herr Dr. Stoiber und Herr Seehofer, waren so souverän, dass bei solchen Reisen die Opposition selbstverständlich mit an Bord war – übrigens immer im Kontext dessen, dass wir gemeinsam für den Freistaat Bayern arbeiten. Der Ministerpräsident möchte das so nicht mehr. Das nehmen wir zur Kenntnis.

Nun zur Wirtschaftspolitik.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist beendet.

Markus Rinderspacher (SPD): Was tut die Staatsregierung in Sachen De-Risking mit Blick auf unsere Abhängigkeit in China?

(Beifall bei der SPD)

Klaus Holetschek (CSU): Herr Vizepräsident, es enttäuscht mich jetzt schon, dass Sie von mir erwarten, dass ich Ihnen die Reise des Ministerpräsidenten schildere. Dann fangen wir an. – Ich glaube, ich habe nicht so lange Redezeit, oder?

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Noch 47 Sekunden

Klaus Holetschek (CSU): – Am Samstag startet die Reise nach China. Es gibt hochrangige Treffen, unter anderem mit dem Ministerpräsidenten, der übrigens letztes Jahr hier war. Damals hat er in einigen wenigen Ländern, auch in Bayern, Station gemacht. Dies ist nun die Einladung zu einem Gegenbesuch. Es gibt Wirtschaftskontakte, es gibt Gespräche zu Innovationen und zur Wissenschaft. Diese Reisen sind unglaublich wertvoll. Deswegen erschließt sich eigentlich sofort der Sinn und Zweck dieser Reise, ohne dass man vielleicht minutiös darüber informiert ist, wer wo welches Gespräch führt. Das muss der Ministerpräsident gar nicht machen.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

– Aber, Herr Rinderspacher, gestatten Sie mir doch dann auch die Frage:Stellen Sie solche Anträge auch in der Ampelkoalition in Berlin? Sagen Sie Ihrem Kanzler dann dort per Dringlichkeitsantrag – –

(Zuruf)

– Ja, machen Sie das?

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist beendet.

Klaus Holetschek (CSU): Jetzt hätte ich Ihnen gerne noch zum De-Risking Auskunft gegeben.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist jetzt beendet.

(Beifall bei der CSU)

– Als nächsten Redner rufe ich den Abgeordneten Martin Böhm von der AfD auf.

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Ministerpräsident und wir als Oppositionsführer werden wohl keine Freunde mehr werden, aber bei so einem Antrag der SPD wollen wir ihn nicht auch noch tadeln; nicht etwa, weil wir eine neue Nähe zu ihm entdeckt hätten, nein, sondern weil uns die bayerischen Bürger unserer Fraktion, der Alternative für Deutschland, so sehr am Herzen liegen. Da der zuständige Minister Aiwanger im Koalitionsstreit gleichsam festsitzt, ist es die Aufgabe des Ministerpräsidenten, sich persönlich um das Wohl der bayerischen Wirtschaft und ihrer chinesischen Partner zu kümmern. Sich deswegen gleich selbst in eine Linie mit Strauß zu stellen, ist allerdings, gelinde gesagt, vermessen.

(Beifall bei der AfD)

Strauß hatte andere Qualitäten als Söder. Er formulierte Politik so, dass Sie von der CSU ihn heute verächtlich als rechten Rand rügen würden.

(Michael Hofmann (CSU): So ein Quatsch!)

– Er bespitzelte keine Burschenschaften.

(Michael Hofmann (CSU): Das sind AfD-Fantasien!)

– Er hätte einen Teufel getan, Bürgern die Verfassungstreue abzusprechen, nur weil sie sich von ihrer eigenen Identität positiv berührt fühlen.

(Michael Hofmann (CSU): Weil Sie von einer Besatzungsmacht sprechen!)

– Strauß hatte die Qualität im Gegensatz zu Ihnen, Kollege Hofmann, radikale Linke per Erlass von Ämtern fernzuhalten.

(Michael Hofmann (CSU): Von einer Besatzungsmacht sprechen Sie!)

– Deren Schüler wiederum sitzen heute als Abgeordnete hier im Hohen Haus. Diese Parlamentarier verfassen nun sieben moralingetränkte Spiegelstriche über eine notwendige Reise, die kein Wort zu wirtschaftspolitischer Strategie, keinen Wunsch nach geopolitischer Fortune enthalten. Das gleichsam als Antrag getarnte Pamphlet spiegelt all das krude Denken dieser Ampel-Abrisstruppe in Berlin wider.

(Markus Rinderspacher (SPD): Eine Unverschämtheit!)

– Wie immer wird mit dem Finger auf andere Länder gezeigt. Die SPD beklagt das Unterdrücken oppositioneller Stimmen in China. Das schlägt dem Fass den Boden aus. Sie schreiben solche Anträge, während hier in Mecklenburg-Vorpommern eine Schülerin ohne Not staatliche Repression erfährt.

(Beifall bei der AfD)

Sie schreiben das, während Ihre SPD-Bundesinnenministerin Faeser gemeinsam mit dem ihr ergebenen Verfassungsschutzpräsidenten darüber sinniert, den Kampf gegen rechts unterhalb der Strafbarkeitsgrenze als Instrument des Rechtsstaats zu etablieren. Gut die Hälfte Ihrer China-Anklage lässt sich nahezu eins zu eins auf die Verhältnisse übertragen, die Sie mittlerweile in Deutschland einzurichten versuchen.

(Zuruf: Zur Sache!)

Schämen Sie sich dafür!

(Beifall bei der AfD – Zuruf: Zur Sache!)

Ihren Antrag lehnen wir ab. Dem Ministerpräsidenten wünschen wir eine gute Reise und erfolgreiche Gespräche im Sinne der bayerischen Wirtschaft.

(Beifall bei der AfD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächster Redner ist der Kollege Roland Weigert.

Roland Weigert (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, wertes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Um gleich vorweg mit einem Gerücht, mit einer Mär, die hier zur Kenntnis gebracht worden ist, aufzuräumen, Herr Kollege Böhm:

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Hier gibt es kein irgendwie geartetes Verhältnis zwischen dem Stellvertretenden Ministerpräsidenten Aiwanger und dem Ministerpräsidenten Söder, sodass der für ihn Auslandsreisen wahrnehmen muss.

(Martin Böhm (AfD): Gut, gut!)

Wenn Sie das Format der Auslandsreisen kennen, wissen Sie, dass der Ministerpräsident traditionell um die Osterzeit eine Auslandsreise durchführt.

(Klaus Holetschek (CSU): Genau!)

Das entspricht seiner Position, nämlich als erster Repräsentant des Freistaates Bayern und den außenwirtschaftlichen Notwendigkeiten. Deswegen ist die Reise von Ministerpräsident Söder nach China zu diesem Zeitpunkt nichts anderes als eine gut geübte Tradition, die mit Otto Wiesheu – Kollege Holetschek hat es vorher gesagt – in der Außenwirtschaft vor vielen Jahrzehnten eingeführt worden ist. Wenn Sie hier also irgendetwas zwischen Aiwanger und Söder hineininterpretieren, ist das schlichtweg falsch.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Das entbehrt jeder Grundlage. Deswegen wollen wir das klarstellen.

(Martin Böhm (AfD): Auffällig, dass Sie das jetzt so betonen!)

– Ich höre Ihnen zu. Sie hören eher nicht zu, aber ich nehme das auf. Ich versuche zu reflektieren und mir ein Bild zu machen. Mir gelingt das vielleicht nicht immer zu hundert Prozent zutreffend, aber redliches Bemühen dürfen Sie von mir erwarten.

Jetzt kommen wir zum Thema des SPD-Antrags. Ich sage es in aller Kürze, weil das Meiste eigentlich schon gesagt ist: Liebe Kollegen von der SPD – ich muss das leider festhalten –, diesem Antrag, der vorher schon dargestellt worden ist, fehlt es an Ganzheitlichkeit. Sie führen im Endeffekt zur systemischen Rivalität aus. Das ist bei vielen Sachen, von denen Sie gesprochen haben, auch zutreffend – das ist nicht falsch –, aber: Was ist mit der Partnerschaft? Und was ist mit dem Thema Wettbewerb, das Teil der China-Strategie der Bundesregierung ist? Da geht es nämlich auch um Partnerschaft.

Klaus, du hast es gesagt: Über 50 Milliarden Euro umfasst das Handelsvolumen mit China. Der Handel ist ein ganz zentrales Thema dieser Partnerschaft von Bayern und China. Deswegen müsste etwas in so einem "Reiseantrag" – in Anführungszeichen – auch Berücksichtigung finden.

Der Wettbewerb ist von fundamentaler Bedeutung. Kollege von Brunn, auch das hätte Berücksichtigung finden müssen. Er nützt nämlich allen, wenn er fair ist. Auf der Basis eines Level Playing Field, um das es beim Wettbewerbsthema im internationalen Kontext insbesondere geht, suchen wir die Zusammenarbeit mit China. Wir müssen das auch beachten, meine Damen und Herren; denn das ist Teil der China-Strategie der Bundesregierung. Deswegen ist Ihr Antrag nicht ganzheitlich.

Im Übrigen fehlt mir auch eines bei dem Thema – das muss ich sagen –: Beim Thema Taiwan, dem ich auch sehr nahestehe, ist ein bisschen das Thema Friede und Sicherheit angeklungen. Dieses findet keine explizite Berücksichtigung, und wir wissen – –

(Markus Rinderspacher (SPD): Doch!)

– Aber keine explizite. Implizit durchaus, aber nicht explizit.

(Florian von Brunn (SPD): Im Antrag!)

– Ich denke, es hätte dem Antrag auch gut gestanden; denn die Entscheidung Chinas, die Nähe zu Russland zu suchen, betrifft ganz unmittelbare sicherheitspolitische Interessen nicht nur Deutschlands, nicht nur Europas, sondern auch Bayerns, und deswegen wäre das gut gewesen. Es fehlt also die Ganzheitlichkeit in diesem Dringlichkeitsantrag.

Ja, das Wort Schaufensterantrag ist heute schon gefallen. Das drängt sich mir auch irgendwie auf.

(Florian von Brunn (SPD): Beim Thema Schaufensteranträge seid ihr ja Experten!)

Soll mit der Aufzählung die Gesinnung der SPD inszeniert werden, vielleicht um Wählerbindung zu betreiben? Das wäre im politischen Geschäft ein legitimes Anliegen, eine legitime Zielsetzung. Der Antrag wirkt aber ein Stück weit belehrend, und das Be-

lehrende ist vor Antritt einer Reise, zumal die Konsulate und die Botschaften das sicherlich auch nach China melden, nicht unbedingt produktiv.

Lieber Kollege von Brunn, deswegen fehlt

(Markus Rinderspacher (SPD): Das ist jetzt nicht Ihr Ernst!)

diesem Antrag auch – die vermisse ich bei Ihnen sonst nicht, wenn ich das sagen darf –, Klaus, die Leichtigkeit. Die Leichtigkeit brauchen wir insbesondere im internationalen und politischen Austausch; denn da geht es auch darum, Spannungen aufzulösen. Daher hat der Antrag eher das Potenzial – das muss ich leider feststellen, mir ist das aufgefallen –, dass hier eher ein kategorisches Misstrauen gegen China zum Maßstab erhoben werden soll. Das ist aufgrund der politischen Bedeutung nicht sinnvoll. Wie soll ein politischer Austausch auf fruchtbaren Boden fallen, wenn im Endeffekt potenziell das kategorische Misstrauen gefördert wird?

Gerade im Hinblick auf die Taiwan-Frage, die der Kollege Rinderspacher angesprochen hat, kann Deutschland vielleicht einen produktiven Beitrag leisten. Da ist es wichtig,dass wir als Gesprächspartner akzeptiert werden. Wir sollten dabei nicht belehrend, sondern freundschaftlich auftreten. Das ist meine feste Überzeugung.

Liebe Kollegen von der SPD, das führt mich zu einem Fazit: Die SPD kann doch Außenpolitik. In den vergangenen Jahrzehnten gab es gute und schlechte Entscheidungen. Der NATO-Beitritt wurde seinerzeit von der SPD bekämpft. Aber Willy Brandt und Egon Bahr haben in der Ostpolitik Entscheidungen getroffen, die grundlegend für die Wiedervereinigung zwanzig Jahre später waren. Das war fantastisch. Orientieren Sie sich an dieser Tradition einer ganzheitlichen Betrachtung außenpolitischer Maßnahmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Heute ist der Name Franz Josef Strauß gefallen. Auch diese Bayerische Staatsregierung beherrscht zwischenstaatliche Politik. Ja, ich kenne auch das Thema Chile. Es

gibt aber auch andere Beispiele. Denken Sie zum Beispiel an den Milliardenkredit, den Franz Josef Strauß Erich Honecker vermittelt hat, obwohl die DDR ein Unrechtsregime war, es einen Schießbefehl an der Grenze gegeben hat. Dieser Milliardenkredit unter Führung der Landesbank hat am Ende des Tages dazu beigetragen, dass eine Anbindung an die westdeutschen Banken erfolgte. Dadurch hat sich die DDR uns angenähert und sich von der Sowjetunion entfernt. Sprechen Sie mit Otto Wiesheu. Er ist Zeitzeuge. Gespräche mit ihm sind sehr erhellend.

Lassen wir das belehrende öffentliche Moralisieren sein. Machen wir deutlich, dass wir an Veränderungen glauben und diese als Chance begreifen wir, die daraus entstehenden Möglichkeiten nutzen wollen. Die Bedenken wollen wir nicht wegreden, aber weniger stark gewichten. Deshalb ist diese Reise des Ministerpräsidenten zu befürworten. Die Staatsregierung bleibt dabei natürlich auf rechtsstaatlicher Grundlage. Somit sind die Bedenken, die in diesem nicht ganz so geglückten Dringlichkeitsantrag formuliert wurden, berücksichtigt. Die Staatsregierung hat den Blick auf das Ganze gerichtet.

Liebe Kollegen von der SPD, Ihr Dringlichkeitsantrag ist gut gemeint, aber er ist leider nicht ausreichend gut gemacht. Deswegen ist er abzulehnen. Noch ein Wort zu dem Thema, das vorhin angesprochen wurde. – Nein, das machen wir nicht mehr. Meine Rede endet an dieser Stelle. Ich wünsche dem Herrn Ministerpräsidenten und seiner gesamten Delegation für diese Reise alles Gute, viele gute Ergebnisse für den Freistaat Bayern und vor allem lukrative Aufträge für die bayerische Wirtschaft. Gott segne Bayern!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Mir liegt noch eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Herrn Kollegen Markus Rinderspacher vor.

Markus Rinderspacher (SPD): Lieber Herr Kollege Weigert, ich fühle mich ein bisschen an das Jahr 2016 zurückerinnert, als sich der damalige Ministerpräsident Horst Seehofer anschickte, mit seinem Vorvorgänger Dr. Stoiber nach Moskau zu reisen. Wir

hatten damals, so wie heute, eine Debatte angezettelt und die einen oder anderen Bedenken geäußert. Daraufhin wurde uns vorgeworfen: Jetzt moralisiert ihr aber ziemlich. Eine Woche später war der Ministerpräsident mit seinem Vorvorgänger bei Wladimir Putin und hat gesagt: Wir wollen sämtliche Sanktionen des Westens gegen Moskau streichen, und zwar ersatzlos und ohne Bedingungen.

Diese Ankündigung widersprach der Politik der damaligen Bundesregierung, der die CSU angehörte. Hätten Sie damals mal auf uns gehört. Heute wird jeder in diesem Parlament einräumen, dass das kein Glanzstück der Außenpolitik war. Deshalb ist es wichtig, dass sich nicht nur eine Regierung, sondern auch das Parlament mit solchen Fragen auseinandersetzt. Ich nehme an, dass Sie Ihre Aussage von dem Generalkonsulat Chinas, das Berichte nach Peking schreibt, weshalb wir solche Anträge nicht behandeln dürften, nicht ernst gemeint haben. Wahrscheinlich habe ich Sie da missverstanden. Das will ich nicht zu Ihren Lasten auslegen.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, die Redezeit ist zu Ende.

Markus Rinderspacher (SPD): Meine Frage: De-Risking – was ist die Strategie der Regierung und der Koalition?

Roland Weigert (FREIE WÄHLER): Ich habe die Frage zum Schluss nicht verstanden.

(Klaus Holetschek (CSU): Was ist die Strategie für das De-Risking?)

– Was unternimmt der Freistaat Bayern für das De-Risking? – Ich bin kein Vertreter des Wirtschaftsministeriums. Deswegen kann ich Ihnen die einzelnen Maßnahmen nicht nennen. Ich sage Ihnen aber etwas aus der Historie: Beim De-Risking geht es darum, unsere Handelsbeziehungen zu diversifizieren. Wir brauchen deshalb auch Handelsbeziehungen zu anderen Ländern. In der vergangenen Periode waren Mittelamerika und Südamerika ein großes Thema. Auch die Handelsbeziehungen mit der arabischen Halbinsel sind wichtig. Die Beziehungen zu diesen Ländern sind ein we-

sentlicher Teil der Außenwirtschaftspolitik des Freistaats Bayern. Dass wir parallel dazu unsere Handelsbeziehungen zu China gezielt weiterentwickeln, liegt in der Natur der Sache und ist sinnvoll; denn zwischen bayerischen und chinesischen Unternehmen gibt es nach wie vor gute Beziehungen, die wir erhalten wollen. Ist die Frage damit beantwortet? – Danke.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Der nächste Redner ist Herr Kollege Benjamin Adjei.

Benjamin Adjei (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Danke Roland, dass du das Thema wieder auf die Sachebene heruntergebracht hast. Der Redebeitrag des CSU-Fraktionsvorsitzenden war dagegen rein populistisch und brachte keine inhaltliche Auseinandersetzung mit diesem wichtigen Thema.

(Klaus Holetschek (CSU): Aber so ein Antrag! Unglaublich!)

Sie haben mit Bezug auf eine werteorientierte Außenpolitik von "Porzellan zerbrechen" gesprochen.

(Klaus Holetschek (CSU): Von Frau Baerbock, oder von wem? Wo ist denn die Außenpolitik von Frau Baerbock?)

Gerade wurde gesagt, dass eine werteorientierte Außenpolitik auch geopolitische Aspekte mitbetrachtet und man sich Gedanken machen muss, welche Auswirkungen Handlungen von heute in der Zukunft haben werden. Würde die CSU das begreifen, würde heute in gewissen Regionen Europas weniger Porzellan zerbrochen.

(Klaus Holetschek (CSU): Aber ihr wisst das! Das merkt man jeden Tag an der Außenpolitik von Frau Baerbock!)

Der Weg der liberalen Annäherung, den China in den letzten Jahren in Teilen beschritten hat, gehört seit Xi Jinping der Vergangenheit an. Die Innenpolitik und die Außen-

politik Chinas haben sich stark verändert. China tritt deutlich aggressiver auf, um die eigenen Interessen zu vertreten. Auch in Russland gab es anfangs eine liberale Entwicklung, die sich dann durch einen ziemlichen Turnaround umgekehrt hat mit den Folgen, die wir heute sehen. Deshalb muss sich unsere China-Politik verändern.

Auch wenn ich es aus manchen Redebeiträgen nicht so ganz herausgehört habe, unterstelle ich der CSU, dass wir uns grundsätzlich einig sind, dass das chinesische System im Hinblick auf die Demokratie, die Menschenrechte und die politische Situation kritisch zu sehen ist. Die Frage lautet: Welche Schlüsse ziehen wir daraus? Hier unterscheiden wir uns ganz massiv. Die CSU hat soeben klar festgestellt: Wir ziehen keine Schlüsse daraus; für uns ist die wirtschaftliche Entwicklung in der heutigen Zeit das Nonplusultra, die einzige relevante Entscheidungsgrundlage. – Genau das unterscheidet uns von Ihnen. Wir versuchen mit einer wertegetriebenen und verantwortungsvollen Außenpolitik, auf geopolitische Veränderungen zu reagieren.

Für uns ist ganz klar: China ist ein Partner. China ist ein wirtschaftlicher Wettbewerber. China ist aber auch ein systemischer Rivale. Unter diesen Maßgaben setzen wir auf eine faire Zusammenarbeit. Wir wollen Kooperation dort ermöglichen, wo das sinnvoll ist, aber gleichzeitig Risiken minimieren. Beim De-Risking kam gerade auf Nachfrage keine wirkliche Antwort, was die Bayerische Staatsregierung tun möchte.

Marktzugänge müssen geschaffen werden. Das ist klar. Wir müssen unseren Unternehmen den Zugang nach China vereinfachen. Wir müssen auch ein Level Playing Field schaffen, um einen fairen Wettbewerb zwischen den Ländern zu ermöglichen. Gleichzeitig müssen aber auch Abhängigkeiten reduziert werden. Deshalb müssen Investitionen auf mögliche Abhängigkeiten geprüft werden. Das bedeutet: Kooperation dort, wo das möglich ist, aber am Ende müssen faire Wettbewerbsregeln geschaffen werden.

Jetzt kann man natürlich den Blick auf die Reise des Ministerpräsidenten werfen und sagen: Okay, wir geben ihm auch etwas mit. – Und es ist schön, liebe SPD, dass ihr

sagt: Wir wollen dem Ministerpräsidenten etwas mitgeben. – Trotzdem wäre es schon auch wichtig, nach Bayern zu schauen. Was kann man eigentlich in Bayern machen?

In der letzten Legislaturperiode, letztes Jahr, wurde auch im Europaausschuss – da war ich leider noch nicht in dem Ausschuss – auf Antrag der GRÜNEN intensiv darüber diskutiert, was eigentlich in Bayern mit Blick auf China anders gemacht werden kann. Dazu gab es eine Expertenanhörung. Daraus kann man schon einiges mitnehmen: dass wir mehr China-Kompetenzen brauchen, nicht nur beim Ministerpräsidenten, dem man das per Antrag vermittelt, sondern eben auch in den Rathäusern. Ich würde mir von der Bayerischen Staatsregierung wünschen, dass wir mehr China-Kompetenz in die Kommunalpolitik, in die Behörden auf Landesebene bringen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächster Redner ist Staatsminister Dr. Florian Herrmann.

Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten und Medien): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit Verlaub gesagt, lieber Herr von Brunn, ist der Dringlichkeitsantrag eine Unverschämtheit. Aber es ist wie immer mit Ihnen, Herr von Brunn: Sie halten alle anderen für blöd, sich selber für superschlau, und dann wundern Sie sich über Umfragenwerte in Richtung 5 %.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Lachen bei der AfD)

Der Dringlichkeitsantrag ist deshalb eine Unverschämtheit, weil der Bayerische Ministerpräsident selbstverständlich keine Belehrungen oder notariell beurkundete Sprechzettel für Gespräche mit ausländischen Ministerpräsidenten braucht, und schon gar nicht von Ihnen.

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Wie bitte? – Doris Rauscher (SPD): Das ist doch ein Witz! Das gibt es doch gar nicht!)

Aber man kann auch sagen: Jenseits aller Unverschämtheiten – lieber Kollege Weigert, der Antrag ist natürlich nicht gut gemeint, sondern er ist böse gemeint; das ist gar keine Frage – kann man, wenn man diesen Antrag in Ruhe durchliest, auch zu dem Ergebnis kommen, dass er eine riesige Dummheit ist, weil er die Komplexität von außenpolitischen Beziehungen, gerade mit China, gerade aus Europa, gerade aus Bayern mit China, auf einen kleinen Ausschnitt – einen Ausschnitt, der real ist, der auch wichtig ist, aber halt nur auf einen kleinen Ausschnitt – reduziert. Das zeigt, Herr von Brunn – und das bedauere ich eigentlich bei einer Partei wie der SPD, die große Außenpolitiker hatte –, dass Sie hier mit diesem Schmalspurantrag als außenpolitischer Bonsai auftreten. Im Endeffekt schadet das Bayern;

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Lachen und Beifall bei der AfD)

denn eine Außenpolitik, liebe Kolleginnen und Kollege, die vor allem die Moralkeule schwingt und die gewissermaßen das Gutmenschentum ins Schaufenster stellt, ohne auf die Realitäten dieser Welt und die komplexen außenpolitischen Beziehungen zu rekurrieren, hilft weder den Menschen in China, noch hilft sie irgendjemandem hier bei uns.

Mir hat einmal ein erfahrener, kluger, alter Diplomat erklärt, dass ein guter Diplomat weder poltert,

(Markus Rinderspacher (SPD): Das machen Sie doch gerade!)

noch fordert, noch beschimpft,

(Markus Rinderspacher (SPD): Ja, aber genau das machen Sie!)

sondern er erklärt und er bittet. Das, was Sie in Ihrem Antrag machen, ist genau das Gegenteil.

Ein anderer, sehr kluger Diplomat hat mir mal erklärt, dass es bei früheren Bundesregierungen so war, dass man viele Gespräche geführt hat in aller Offenheit, aber ohne Medien. Anschließend, nach stundenlangen internen Gesprächen, hat man eine kurze Pressekonferenz gegeben und erklärt: Wir haben uns bestens unterhalten. – Heute macht insbesondere diese Bundesregierung, machen die Außenministerin, aber auch der Kanzler genau das Gegenteil. Sie fahren hin, reden kurz, und dann zofft man sich öffentlich in Pressekonferenzen. Öffentlich wird den anderen vorgehalten, wie falsch sie liegen und wie schlecht sie sind.

Jetzt kann man unterstellen, dass sie vielleicht in irgendeinem Punkt sogar recht haben, aber die Frage ist, ob das im außenpolitischen Umgang wirklich der Weg ist, der auch uns nützt, der in diesen Ländern nützt, der irgendjemanden nützt. Nein, es ist reine Selbstdarstellung. Es ist reines Bedienen der eigenen Klientel im eigenen Land, die man mit solchen Aktivitäten anspricht

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

und von denen man dann gelobt werden will.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Genau dieser Geist spricht auch aus Ihrem Antrag. Er ist ein reiner Schaufensterantrag für eine bestimmte politische Klientel, der der außenpolitischen Realität und all den Dingen, die dahinterstecken, nicht gerecht wird. Ich finde, Sie sollten sich da nicht so sehr an Frau Baerbock und auch nicht am Kanzler orientieren. Ich sage nur: Letzte Woche, riesige Pressekonferenz, öffentliches Zoffen mit Netanyahu auf offener Bühne. Ich glaube nicht, dass das klug ist.

(Florian von Brunn (SPD): Was sollen sie denn dann machen?)

Öffentliches Zoffen mit dem türkischen Außenminister auf offener Bühne: Ist das denn ein Weg, wie man Außenpolitik macht, sodass man Vertrauen aufbaut? – Ich kann

Ihnen sagen: Reden Sie mit Botschaftern unterschiedlichster Staaten in Berlin. Sie sagen, dass das Ansehen Deutschlands wegen dieser Bundesregierung auf einem Sinkflug ist. Das ist eine schlechte Diagnose, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Es geht darum, dass wir, wenn wir hier über Außenpolitik reden, dies auch auf einem hohen Niveau machen und nicht mit dieser Arroganz und Überheblichkeit, wie das daherkommt, rein aus parteipolitischer Motivation.

Ich würde dringend davon abraten, in eine Debatte über die historische Bedeutung von Franz Josef Strauß einzusteigen, und zwar weder links noch rechts. Ich glaube, dass man den Weitblick, den historischen Ansatz und die Motivation aus der Kriegserfahrung heraus, mit der Franz Josef Strauß Außen- und Europapolitik betrieben hat, hier nicht schmälern kann. Wenn Sie es doch tun, müssen Sie genauso mit den großen Außenpolitikern der SPD, Schmidt, Brandt und anderen, ins Gericht gehen.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Das waren Menschen, die durch die Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs geprägt waren und deren außenpolitische Intention immer war: nie wieder Krieg, Versöhnung in Europa. Strauß hat vom Europa der Vaterländer gesprochen, genau wie de Gaulle. Es hat sich dann alles auch verändert. Aber das war der Antrieb, der dahintersteckte. Diese Leute jetzt zu diskreditieren, ist nicht fair, nicht richtig und wird auch der historischen Bedeutung nicht gerecht – genauso wenig wie natürlich die Vereinnahmung durch die AfD. Es ist völlig absurd. Es ist völlig klar: Würde Strauß heute hier stehen, wären Sie seine größten Feinde,

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

und zwar einfach deshalb, weil Sie genau das sind, was er mit fünfter Kolonne von Moskau bezeichnet hat.

(Zuruf von der AfD)

Das sind Sie. Das ist halt so. Wenn Sie den Ausstieg aus der NATO und den Ausstieg aus der Europäischen Union propagieren, dann sind Sie so weit von Franz Josef Strauß weg, wie man eigentlich gar nicht weg sein kann. Also hören Sie auf, sich immer so mit ihm zu schmücken.

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD))

Das ist völlig unhistorisch, genau wie Sie es auch sind, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Reise ist wichtig, und sie ist auch richtig; denn wir machen Realpolitik. Wir machen nicht Moralpolitik, die gerade im außenpolitischen Kontext verfehlt ist. Außenpolitik braucht einen langen Atem, nicht kurze Anträge, die in einer Viertelstunde hier zu diskutieren sind. Sie ist oft sehr, sehr kompliziert. Deshalb ist das, was Sie hier vorlegen, ein Schmalspurantrag, den man selbstverständlich ablehnen muss.

Wir setzen selbstverständlich die Tradition von Franz Josef Strauß und der nachfolgenden Ministerpräsidenten fort, die ebenfalls solche Reisen unternommen und die auch immer den Blick Bayerns hinaus in die Welt verfolgt haben. Wir setzen auf Dialog und auf Pragmatismus und sind damit übrigens als Freistaat Bayern im Gegensatz zu dem, was die Bundesregierung macht, überall anerkannt. Wir suchen den Dialog auf Augenhöhe. Dazu gehört es aber, zuzuhören, dann darüber zu reden, auf keinen Fall aber mit dem erhobenen moralischen Zeigefinger herumzulaufen und die anderen öffentlich zu diskreditieren. Das zu tun wäre der völlig falsche Weg, bei aller Klarheit in vielen Positionen.

Natürlich ist für uns klar, dass die liberale Art in Europa, in der wir hier leben, und die liberale, offene Demokratie der richtige Weg sind. Aber ist es nicht Aufgabe von solchen Reisen zu missionieren. Diesen Auftrag erkennen häufig gerade die Außenpolitiker der Ampel nicht. Wie missionierend Frau Baerbock unterwegs ist, ist schon aben-

teuerlich bei jemandem, der eigentlich antikolonialistisch unterwegs ist; denn da wird eigentlich von Baerbock, Scholz und Co. geistiger Kolonialismus betrieben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir kommen nicht mit erhobenem Zeigefinger, sondern Bayern ist Türöffner und Wegbegleiter für die Wirtschaft. Das erwarten die Wirtschaft, die Unternehmen und die Mittelständler übrigens auch. Wir sehen ja auch, dass uns der Erfolg recht gibt.

Franz Josef Strauß hat in schwierigsten Zeiten, auch in Zeiten großer Unterschiede zwischen den Systemen, damit begonnen, den Dialog aufzunehmen und Gespräche zu führen. Wir können heute den Erfolg ernten, indem wir mittlerweile drei Partnerregionen in China mit enorm vielen Unternehmen haben, die dort und bei uns aktiv sind. Ich muss das alles nicht aufzählen. Diese kennen Sie alle und führen auch mit ihnen Gespräche. Mit der dritten Region, Sichuan, intensivieren wir noch die Beziehungen. Ich denke, als Hightech-Standort sind wir das den Unternehmen schuldig, die gerade diese Beziehungen nach China brauchen. Wir haben ein enormes Handelsvolumen von 53 Milliarden Euro im Jahr 2023. China liegt auf Platz 1 bei den Importen nach Bayern. China liegt auf Platz 3 bei den Exporten aus Bayern. Mehr als 1.500 bayerische Firmen sind in China präsent, 200 haben eine Niederlassung.

Ich denke also, es ist erkennbar, dass wir auch weiterhin auf diesen Pragmatismus setzen werden. Wir sind hier zu allen Themen im Gespräch. Das ist klar. Wir werden aber nicht den moralischen Zeigefinger erheben und wie Besserwisser und die Lehrmeister der Welt herumlaufen. Der Ministerpräsident nennt es "Panda-Diplomatie". Dies bedeutet, sich in kleinen Schritten anzunähern und über wirtschaftliche Bereiche zu versuchen, weiterhin in einem guten Gespräch zu sein. Dies halte ich für den richtigen Weg, und genau diesen werden wir bei der Reise verfolgen.

Aus diesen Gründen danke ich für die guten, von manchen hier vergifteten Wünsche für eine gute Reise nach China. Ich kann nur sagen, wir werden den Antrag ablehnen.

Dieser zeigt vor allem, dass der außenpolitische Horizont der SPD genau von hier bis zum Maxmonument reicht und nicht weiter.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Mir liegen zwei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor. Die erste kommt von Herrn Kollegen Florian von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Herr Minister Herrmann, auf Ihre Beschimpfungen gehe ich gar nicht ein. Diese finde ich ziemlich niveaulos, muss ich ehrlich sagen. Dies ist auch keine sachliche Auseinandersetzung. Wissen Sie – ich habe es gerade erklärt –, man kann nach Serbien fahren und dort Gespräche führen, aber dann habe ich Fragen. Vielleicht können Sie uns erklären, warum Herr Söder den Orden von Herrn Vučić entgegengenommen hat, den zuvor schon Putin und Orbán bekommen haben. Muss man das tun? – Ich denke, nicht, aber vielleicht können Sie es uns erklären.

Bei allem berechtigten Eintreten für die wirtschaftlichen Interessen Bayerns halte ich es für selbstverständlich, die Menschenrechtssituation, das Thema Marktzugang für deutsche Unternehmen und den Schutz von Patenten anzusprechen. Tun Sie das? Können Sie einmal Klartext reden an dieser Stelle? Auch würde ich gerne von Ihnen wissen, ob Sie die Konfuzius-Institute in Bayern weiterhin fördern, vor denen das Bundesamt für Verfassungsschutz schon 2020 ausdrücklich gewarnt hat. Hier können Sie einmal Klartext sprechen

(Klaus Holetschek (CSU): Wie ist das mit der Redezeit?)

und nicht nur über uns schimpfen.

Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten und Medien): Herr Kollege von Brunn, der Beitrag war jetzt die Fortsetzung Ihrer Art von Außenpolitik mit denselben Mitteln. Offenbar sind Sie besessen von diesem Herrn Vučić. Hierzu haben Sie letzte Woche schon versucht, sich mit mir bei Twitter zu batteln, als Sie sich darüber empört haben, dass wir überhaupt hinfahren, bis Sie dann

von mir sehr freundlich – ein Service der Staatsregierung – darauf hingewiesen wurden,

(Heiterkeit)

dass der seinerzeit Erste Bürgermeister von Hamburg und aktuelle Bundeskanzler Herrn Vučić als Erster Bürgermeister auch empfangen hat

(Florian von Brunn (SPD): Damals ist Vučić gerade gewählt gewesen, wissen Sie das nicht?)

und später als Bundeskanzler auch bei ihm in Serbien war. Jetzt frage ich Sie einmal:

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– Nein, Sie fädeln Außenpolitik völlig falsch ein. Unser Ziel ist, dass der Westbalkan in die EU kommt.

(Florian von Brunn (SPD): Koste es, was es wolle?)

Das kann man jetzt so machen, dass man diese Staaten von früh bis spät maximal brüskiert, in die Arme Putins treibt und sich dann wohlfühlt, weil man es ihnen ja gesagt hat. Oder man macht es anders und versucht, ihnen zu erklären,

(Florian von Brunn (SPD): Was ist mit dem Kosovo?)

warum die Anbindung Richtung Europa der richtige Weg ist. Ich glaube, der Westbalkan gehört aus Stabilitätsgründen, aber auch aus historischen Gründen und Friedenssicherungsgründen in die EU. Dies blenden Sie völlig aus!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Darum ergibt es wenig Sinn, mit Ihnen darüber zu sprechen, weil Sie die völlig falschen Vorzeichen wählen.

(Florian von Brunn (SPD): Beantworten Sie doch einmal die Frage!)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Die zweite Zwischenbemerkung kommt von Herrn Kollegen Prof. Dr. Ingo Hahn.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Geschätzter Herr Staatsminister Herrmann, Sie haben recht, wenn Sie sagen, dass wir eine gemeinsame Bündnis- und Verteidigungspolitik in Europa betreiben müssen. Die AfD ist immer schon dieser Meinung gewesen. Sie haben das Thema NATO angesprochen. Ich weiß nicht, woher Sie die Informationen haben. Es sind Fake News, wenn Sie hier behaupten, wir als AfD wollten raus aus der NATO. Dann müssen Sie auch einmal die Quellen nennen. Vielleicht tun Sie das einmal. Auch Frau Kollegin Strohmayr nennt hier keine Quellen und behauptet, irgendein Parteifunktionär habe das angeblich einmal gesagt. Das ist nicht unsere Linie. Dies einfach noch einmal zur Klarstellung.

Dann haben Sie das Thema Franz Josef Strauß angesprochen. Ich sage Ihnen eines: Franz Josef Strauß hat damals noch gesagt, rechts von der CSU komme nur noch die Wand. Er hat sie auch als eine rechte Partei begriffen. Es ist etwas Legitimes, als rechte Partei einen rechten und einen linken Flügel zu haben. Sie sagen jetzt wahrscheinlich gar nicht mehr, dass die CSU eine rechte Partei ist. Mich würde interessieren, wie Sie die CSU definieren. Vielleicht lavieren Sie jetzt auch herum, –

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist um!

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): – aber sagen Sie doch einfach einmal: Ist die CSU noch eine rechte Partei, ja oder nein?

(Beifall bei der AfD)

Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten und Medien): Das ist eine abenteuerliche Fragerei. Die Position der AfD in Richtung "Wir verstehen Putin" ist völlig klar.

(Klaus Holetschek (CSU): Das ist so! – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört!)

Zu einer Partei, die Wahlbeobachter aus diesem Parlament nach Moskau schickt, um eine Fake-Wahl zu beobachten, fällt mir bei aller Liebe nichts mehr ein. Hier muss man auch nicht weiter kommentieren, wer wo steht.

Was die Frage zum politischen Spektrum betrifft, ist klar, dass Strauß nie irgendwelche Gruppierungen gemeint hat, die vom Verfassungsschutz beobachtet werden oder unter Verdacht stehen oder Verdachtsfälle sind. Dies waren genau die Linien, wo die Grenze verlief, und Sie sind über der Grenze.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 19/768 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. Gegenstimmen! – CSU, FREIE WÄHLER und AfD. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.